



Antrag

der Fraktion der SPD

Arbeitsplätze gehen vor: Landesmittel für den Flughafen Blankensee

zu Drucksache 17/27

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der schleswig-holsteinische Landtag bekennt sich zu der großen regionalökonomischen Bedeutung des Flughafens Lübeck Blankensee.
- II. Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, finanzielle Mittel für den Erhalt und den Ausbau des Flughafens zur Verfügung zu stellen.

Diese Landesunterstützung wird an folgende Bedingungen geknüpft:

1. Der Landtag erwartet ein Konzept, aus dem hervorgeht, mit welchen Maßnahmen der Flughafen zukunftsfähig gemacht werden soll.
2. Landesmittel dürfen nur fließen, wenn die verbindliche Zusage eines Betreibers für die Weiterführung des Flughafens Blankensee vorliegt.
3. Höchste Priorität haben die bestehenden Arbeitsplätze sowie diejenigen Arbeitsplätze, die mit dem zukünftigen Betrieb geschaffen werden. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Arbeitsplätze zu schützen.
4. Eine Beteiligung des Landes an der Flughafen Lübeck GmbH wird ausgeschlossen.

5. Umweltaspekte müssen in verantwortlicher Weise berücksichtigt werden. Dabei ist das bereits getroffene Abkommen mit den Umweltverbänden zu berücksichtigen. Die Belastung der Menschen in der Region, insbesondere durch Lärm, ist zu minimieren.
- III. Über die weitere Entwicklung um den Flughafen Lübeck Blankensee sowie über die Planungen und die Maßnahmen der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Flughafen ist dem Landtag jeweils zeitnah zu berichten.

Regina Poersch
und Fraktion